

staatlicher Organisationen festgefahren hatte, deren aktive Mitglieder jetzt aufgrund der neuen politischen Entwicklung aus dem Rampenlicht der kirchlichen Öffentlichkeit zurücktreten mußten. Es fehlten den Slowaken in gleicher Weise aufgeschlossene Geistliche, die sich einer rein religiösen Arbeit verschrieben hatten, wie das in den böhmischen Diözesen, insbesondere in Prag, der Fall war. Andererseits lag die Slowakei zu ferne, um später teilzuhaben an Lockerungen und Möglichkeiten, wie sie sich in Prag allmählich ergaben. Es gab dort keinen Ort, an dem Christen und Marxisten ins Gespräch kamen.

Die baskische Kirche im spanischen Staat

Die Problematik der baskischen Kirche in Spanien stellt auch noch in der nachkonziliaren Entwicklung des spanischen Katholizismus, mit seiner auffälligen Diskrepanz zwischen Traditionslast und Zukunftsöffnung, einen Sonderfall dar, der aufgrund unbewältigter alter und zahlreicher neuer Fragen sowie durch die Sensibilität der Basken gegenüber politischen, sozialen und kirchlichen Entwicklungen in den letzten Monaten eine besondere Zuspitzung erfahren hat. Einerseits eine ausgeprägte Hellhörigkeit, mit der Mißstände registriert werden, und andererseits die im Durchschnitt recht fortschrittlichen Priester lassen die kirchliche Dynamik im Baskenland als ein Warnsignal und als einen in vieler Hinsicht exemplarischen Fall für die gegenwärtigen Probleme der spanischen Kirche erscheinen. Zwei ungelöste, konfliktreiche Komplexe sind für Leben und Entfaltung der baskischen Kirche mitbestimmend. Völkerrechtlicher Natur ist der eine, nämlich die unerfüllten Ansprüche einer ethnischen Minderheit. Deutlicher ins Bewußtsein der Weltmeinung tritt der andere, die mangelnde Respektierung allgemeiner Menschenrechte seitens des spanischen Regimes. Der religiös-kirchliche Bereich bleibt davon nicht verschont.

Physiognomie einer Minderheit

Das Baskenland erstreckt sich von den westlichen Ausläufern der Pyrenäen entlang dem Golf von Biscaya, geteilt durch die spanisch-französische Grenze. Der französische Teil mit den Provinzen Labourd, Basse-Navarre und Soule gehört verwaltungsrechtlich zum Département Basse-Pyrénées, bildet jedoch gemeinsam die Diözese Bayonne. Das spanische Baskenland gliedert sich in die vier Provinzen Vizcaya, Guipúzcoa, Álava und Navarra. Diesen entsprechen zwar ziemlich genau die Diözesen Bilbao, San Sebastián, Vitoria und Pamplona, allerdings sind sie nicht in einer baskischen Kirchenprovinz zusammengefaßt. Bilbao und Vitoria gehören der kastilischen Kirchenprovinz Burgos an.

Nicht zuletzt der geographischen Lage, die sie durch Bergketten abriegelt, jedoch zum Meer hin öffnet, verdanken die Basken die jahrtausendlang erhaltene Eigenart und die gleichzeitige weltoffene Geistigkeit. Das einzige nicht oder nicht ganz romanisierte Volk, das heute noch neben Spanisch oder Französisch das nichtindogermanische Baskisch spricht, hat Persönlichkeiten wie *Ignatius von Loyola*, *Franz Xaver*, *Franciscus de Vitoria*, den Begründer des Völkerrechts, und den Weltumsegler *Sebastián Elcano* hervorgebracht. Die knapp eine Million

Auch eine Begegnung zwischen katholischer und evangelischer Intelligenz, wie sie Prag verzeichnen konnte, fand in der Slowakei nicht statt. Wohl haben sich auch slowakische Kräfte seit dem Kongreß in Velehrad im Mai 1968 (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 366) in hoffnungsvoller Weise formiert, doch fehlte ihnen die führende Hand eines Bischofs und der ständige Impuls theologisch gebildeter Laien. Es ist daher verständlich, daß so mancher Geistliche der Slowakei wenigstens für die kirchliche Erneuerungsarbeit einen engen Anschluß an Prag wünscht.

zählende Volksgruppe besitzt in Spanien ein viel größeres Gewicht, als der Bevölkerungsanteil von etwa drei Prozent vermuten läßt.

Als Volksgruppe waren die Basken nur für kurze Zeit politisch geeint, ihr Freiheitsdrang ließ zumeist nur in engbegrenzten Regionen politische Vereinigungen oder bündnisartige Zusammenschlüsse mit hispanischen Kronen entstehen, wobei die individuellen Freiheiten und Sonderrechte stets garantiert wurden. *Wilhelm von Humboldt* berichtet nach seiner Reise durch das französische und spanische Baskenland im Jahre 1801: „Alle Vasken aber, ohne Rücksicht auf ihre Vertheilung unter verschiedene Herrschaft, kommen, nur mit Unterschieden des Grades, in ächtem Freiheitssinn, edlem Nationalstolz, fester Anhänglichkeit aneinander, ausgezeichnete Liebe zur Ordnung und Reinlichkeit, heitrem Frohsinn, und der körperlichen und intellectuellen Stärke und Gewandheit überein, die sie als kühne, behende, immer an neuen Hilfsmitteln reiche Bergbewohner darstellt“ (Werke in fünf Bänden, Darmstadt 1961, II, S. 611). Durch Jahrhunderte konnten die Basken weitgehende Selbständigkeit bewahren, bis der zentralistische Liberalismus des 19. Jahrhunderts und schließlich *Francos* Machtübernahme ihr ein Ende setzten. Die gegenwärtigen Vorgänge verleihen von Humboldts Darstellung erneuten Aktualitätswert: „Auch könnte die spanische Regierung, man kann es nicht oft genug wiederholen, nie soviel durch Erweiterung ihrer Rechte auf Biscaya [Biscaya nennt von Humboldt das spanische Baskenland] gewinnen, als sie durch das Sinken des Patriotismus und des Nationalgeistes verlieren würde, der eine unausbleibliche Folge der Beschränkung der Biscayischen Freiheiten seyn würde“ (ebd., S. 596).

Industrielle Dynamik und Zuwanderung

Soweit die Basken nicht bereit sind, ihre politischen Vorstellungen und ihre kulturelle Substanz zugunsten der gegenwärtigen Regierungslinie aufzugeben, sehen sie sich einer massiven Diskriminierung ausgesetzt. Nach wie vor ist die baskische Sprache vom staatlichen Unterrichtswesen, von Presse, Rundfunk, Fernsehen, aus den Gerichten und von den Behörden verbannt. Das Baskenproblem ist eines der großen Tabus in der spanischen Öffentlichkeit. Als ein gravierender Faktor wirkt die starke Zuwanderung in das industrialisierte Baskenland. Als Beispiel sei hier die Provinz Vizcaya mit der Hauptstadt Bilbao angeführt. Ähnliches gilt aber auch für Álava und Guipúzcoa, die ebenfalls von einer starken

Einwanderungsbewegung erfaßt werden, während diese in Navarra noch unerheblich ist. Nach Untersuchungen des Centro de Investigaciones del Mercado (kirchlicherseits ist eine Erfassung der demographischen Entwicklungen noch im Gange) sind 56 Prozent der Bevölkerung Vizcayas Zuwanderer aus dem übrigen Spanien (davon 40 Prozent allein in den letzten acht Jahren). Es sind mehrheitlich Arbeiter, die sich in der Industrie betätigen wollen, aber auch Beamte, Freiberufliche, Techniker, Militärs und Ordensleute. Da sie einem anderen Milieu entstammen, bringen sie wenig Verständnis für die Probleme und die Eigenart der Basken auf. Die staatliche Stellenbesetzung erfolgt immer noch in Hinblick auf die politische Vergangenheit, da auch nach 30 Jahren eine Versöhnung zwischen „Siegern“ und „Besiegten“ noch aussteht. So konnte eine organische Eingliederung der zuströmenden Massen in den konfliktreichen Kontext nicht erfolgen.

Die Unruhe in der Arbeiterschaft, die in fortgesetzten Streikwellen ihren Ausdruck findet, ist nicht auf wirtschaftliche Not zurückzuführen. Der baskische Arbeiter genießt vielmehr im Vergleich zum spanischen Durchschnitt einen ausgesprochenen Wohlstand. Den Boden für die Ausweitung der Arbeitskonflikte bereiten die Bedeutung der baskischen Industrie innerhalb der spanischen Wirtschaft und das daraus sich entwickelnde industrielle Selbstbewußtsein der Arbeiter.

Widerstand in der Arbeiterschaft

Das Baskenland stellt mit seinen Werften, der Buntmetallverhüttung und Eisenverarbeitung, den Erdölraffinerien, Elektrizitätswerken, Automobilfabriken und der chemischen Industrie eine wesentliche Grundlage der gesamten spanischen Wirtschaft dar und prägt dadurch den Rhythmus ihrer Entwicklung. Die konjunkturellen Schwankungen, die Strukturängel und Entwicklungsstörungen des Wirtschaftsapparates machen sich folglich in den baskischen Provinzen besonders bemerkbar. Der erste Entwicklungsplan (1964—1967), gekennzeichnet durch eine größere Liberalisierung gegenüber dem vorherigen autarken System, brachte in vier Jahren tatsächlich einen Wirtschaftsaufschwung von 26 Prozent (OECD-Durchschnitt: 20 Prozent), gleichzeitig aber kletterten die Lebenshaltungskosten um fast 37 Prozent in die Höhe (nach „Wirtschaft und Politik“, Februar 1969). Angesichts des erhöhten Einkommens und der jetzt durchbrechenden Konsumfreudigkeit hielten Produktion und Liefermöglichkeiten nicht Schritt; Geldüberhang und Preissteigerungen waren die Folge.

Die Monopolstellung der Großbanken und Großindustrien akzentuiert die Lage im Baskenland, da erstere durch Krediteinschränkung und letztere durch Beibehaltung antiquierter Produktionsmethoden jede durchgreifende Sanierung in den von ihnen kontrollierten Grundstoffindustrien verhindern. Veralterte Maschinen und Gleichgültigkeit mancher Unternehmer gegenüber Sicherheitsbestimmungen führen in Spanien zu einer Unfallquote, die nach internationalen Maßstäben weit über dem Durchschnitt liegt. Die Arbeiter sind weit davon entfernt, gleichgestellte Partner des Kapitals mit seinem wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu sein, zumal das Unternehmer und Arbeitnehmer gleichschaltende „vertikale“ Syndikatssystem keine echte Interessenvertretung der Arbeiterschaft ermöglicht (vgl. Herder-Korre-

spondenz 22. Jhg., S. 401). So haben die Arbeitnehmer weder Einfluß auf die Formulierung von Kollektivverträgen noch auf eine Änderung ihrer Arbeitsverhältnisse. Das geltende Arbeitsrecht, das auf die Ausschaltung von Konflikten und die Konservierung der Machtkonstellation ausgerichtet ist, erklärt den, wie es heißt, „politischen“ Streik für illegal. Dem Streikenden drohen die Ausweisung aus dem Betrieb und bei Wiederaufnahme der Verlust sämtlicher aufgrund der Beschäftigungsdauer erworbenen Lohnsteigerungen. Das oberste Arbeitsgericht in Madrid hat, um ein Beispiel zu nennen, die Entlassung von 500 streikenden Arbeitern aus den Laminaciones de Bandas in Bilbao bestätigt.

Der größere Wohlstand des Arbeiters in einem traditionellen Industriegebiet und die Zusammenballung von Arbeitskräften bei der Erzeugung wichtiger Grundstoffe hat seit jeher, vor allem aber im Zuge der industriellen Dynamik der letzten fünf Jahre, die Bildung eines Selbstbewußtseins der Arbeiter und ihre Solidarisierungstendenzen stark gefördert. Das bewußte Empfinden von Mißständen, ungerechten Arbeitsverhältnissen und der nicht nur zahlenmäßigen, sondern auch moralischen Macht des Zusammenhalts ist hier intensiver als in anderen Industriegebieten Spaniens. Dieses Bewußtsein wächst parallel zur industriellen Entwicklung. In der bis vor kurzem durchwegs landwirtschaftlich geprägten Provinz Álava ist erst ein Erwachen dieses Solidaritätsgefühls zu spüren. In den traditionellen Industrieprovinzen Vizcaya und Guipúzcoa dagegen haben gleich nach der Erklärung des Ausnahmezustandes am 24. Januar 1969 rund 20 000 Arbeiter drei Wochen lang gestreikt. Ausgelöst wurde der Streik zwar durch die Verhaftung eines Arbeitervertreters, in der Folge mußte er aber als politischer Protest gegen den Ausnahmezustand gedeutet werden.

Ein weiterer Zündstoff für Proteste auch seitens der baskischen Kirche ergibt sich aus Verhaftung und Mißhandlung der sogenannten „subversiven Elemente“. Die Verhafteten rekrutieren sich zunächst aus den der Regierung feindlich gegenüberstehenden Comisiones obreras. Es handelt sich um illegale, in freier Wahl gegründete Betriebsgruppen und Betriebsräte, in denen Kommunisten wie Mitglieder der katholischen Arbeiterorganisationen (HOAC und JOAC) zumindest in sozialpolitischer Hinsicht zusammenarbeiten. Große Teile des baskischen Klerus unterstützen diese Gruppen. Die Arbeiterkommissionen verfügen in ganz Spanien über einen unauffälligen, aber wirksam funktionierenden Apparat. Manche ihrer Mitglieder haben sich durch die engen Kanäle der offiziellen Syndikatswahlen emporgearbeitet, wurden aber auch als legale Arbeitervertreter verhaftet.

Andere Häftlinge gehören verschiedenen Autonomiebewegungen der baskischen Provinzen an, namentlich der extremistischen, stark links gerichteten ETA, der eine Reihe von Terrorakten vorgeworfen wird. Die politischen Häftlinge (bereits ein Verdacht kann für die Verhaftung ausreichen) unterstehen dem Militärgericht, Folterungen und Mißhandlungen sind keine Seltenheit. Das Verstecken eines politischen Flüchtlings oder das Verteilen von Flugblättern kann sehr hohe Geldbußen und Gefängnisstrafen einbringen. Auch schwangere Frauen werden nicht von gemeinsamer Haft mit Kriminellen und Prostituierten verschont. Priester, die zu diesen Fragen Stellung nahmen, wurden ebenfalls inhaftiert. Anwälte, die zur Verteidigung politischer Häftlinge bereit sind, werden nicht selten in entlegene Dörfer deportiert (vgl.

Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 106). Auch sämtliche kirchlichen Äußerungen werden von einem dichten Spitzelnetz den Exekutivbehörden gemeldet und in umfangreichen Polizeiarchiven registriert.

Gegensätzlichkeiten baskischer Bischöfe

Die Haltung der Bischöfe in den am meisten betroffenen Diözesen Bilbao und San Sebastián war diametral entgegengesetzt. Beide verstarben aber bei noch schwelendem Konflikt im Herbst vergangenen Jahres. Der Bischof von San Sebastián, *L. Bereciartúa Balerdi*, sprach sich in seinem letzten Hirtenwort am 24. August gegen jede Gewalt aus, auch gegen die von seiten der staatlichen Obrigkeit, und beschuldigte diese der Einmischung in kirchliche Angelegenheiten und des Konkordatsbruchs (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 501). Der kranke Erzbischof wehrte sich tapfer gegen den Druck durch höchste Regierungsstellen und selbst des Erzbischofs von Madrid, *C. Morcillo González*, die den Hirtenbrief zu verhindern suchten. Bezeichnend war, daß auch die offiziöse Wochenzeitschrift „*Ecclesia*“, die sonst jeden Hirtenbrief veröffentlicht, auf eine Dokumentation verzichtete (der volle Text in „*La Documentation Catholique*“, 6. 10. 68). So war es auch kein Wunder, daß der bald darauf erfolgte Tod des Erzbischofs und seine Beisetzung ohne das sonst übliche offizielle Trauergepränge erfolgten.

Der Bischof von Bilbao dagegen, *P. Gúrpide Beope*, hatte zu all den genannten Mißständen beharrlich geschwiegen und sich widerspruchslos auf die Regierungslinie eingestellt. Ja selbst im innerkirchlichen Bereich waren die Fälle von Diskriminierung baskisch gesinnter Priester und Gläubiger nicht selten, was sich in der Stellenverteilung, in der kirchlichen Strukturierung nach dem politischen Modell, in Strafversetzungen von Priestern, die der Regierung unbequem geworden waren, und in schriftlicher Genehmigung für ihre Inhaftierung (nach den Konkordatsbestimmungen erforderlich) auswirkte.

Aus dieser Situation und dem wachsenden Mißmut bei einem großen Teil der Gläubigen heraus kam es im zweiten Halbjahr 1968 zu einer Reihe von Protestaktionen von Priestern der Diözese Bilbao, die immer mehr an Schärfe zunahmen, je weniger sie Gehör zu finden glaubten. Sie wurden bezeichnenderweise in kirchlichen Räumen abgehalten, weil das Konkordat hier Immunität und Asylrecht garantiert. Die Priester verlangten in zwei aufeinanderfolgenden „Besetzungen“ des Ordinariats eine klare Stellungnahme ihres Bischofs zu den Vorgängen. Das erste Mal wurden sie *ad nutum* episcopi von der Polizei hinausgeworfen. Die zweite Besetzung endete nach neun Tagen, als sich Bischof Gúrpide veranlaßt sah, angesichts der wachsenden Unzufriedenheit unter den Gläubigen einen der angesehensten Geistlichen mit der Bildung einer „sozio-pastoralen Kommission“ zu beauftragen, die die Probleme anpacken sollte (vgl. auch „*ABC*“, 25. 8. 68). Gegen die sachliche Arbeit und Information dieser Kommission wurde aber von staatlichen Stellen Druck ausgeübt, so daß Bischof Gúrpide die Beschlußfähigkeit der Kommission zurückzog. Die Kommission trat daraufhin zurück.

Zu einer weiteren Verschärfung kam es am 4. November. 60 Priester „unterbrachen ihre seelsorgliche Arbeit“, schlossen sich „auf unbestimmte Zeit“ im Priesterseminar von Bilbao ein und sandten dem Papst und der Nuntiatoren ein Schreiben, in dem sie eine „arme“, „freie“, „dyna-

mische“ und „einheimische“ Kirche verlangten, ferner „die Ernennung eines Apostolischen Administrators mit der Aufgabe, die Wahl eines künftigen Bischofs mit unmittelbarer Beteiligung des Volkes vorzubereiten“. Die Struktur der Diözese solle unter aktiver Teilnahme des Volkes umorganisiert werden. Diesem ersten Schritt soll sogar die Konstituierung einer „baskischen Bischofskonferenz“ folgen, „wie es der Gestaltung der Kirche nach Menschen- gruppen und nicht nach politischen Gebilden entspricht“. Unmittelbar nach Bekanntwerden dieses Schreibens richtete Bischof Gúrpide durch die Presse ein Ultimatum an die eingeschlossenen Priester, in dem er sie unter Androhung der *suspensio a divinis* aufforderte, das Priesterseminar „innerhalb des heutigen Tages zu verlassen“. Er beklagte sich über ihre „unpriesterliche und unkirchliche Haltung“, die er als schweren Ungehorsam und erstes Argernis für die Gläubigen bezeichnete. Die Priester ließen sich weder durch den moralischen noch durch kanonischen Zwang von ihrer Linie abbringen, woraufhin sie auch suspendiert wurden.

Die Comisión Permanente der Bischofskonferenz mißbilligte ebenfalls das Vorgehen der „unruhestiftenden Pressionsgruppe“ als „ungerecht und unangemessen“, weil allen Priestern „Möglichkeiten des Gedankenaustausches mit den Kirchenoberen“ offenstünden (vgl. *NC News Service*, 13. 11. 68). Die betroffenen Priester vertraten dagegen die Auffassung: „Die Diözesanbehörde hat uns nie eine Antwort gegeben. Es hat Strafmaßnahmen und Stellenversetzungen gegeben, aber keine Möglichkeiten des Gedankenaustausches“ (zitiert nach der von der Regierung inzwischen verbotenen Zeitschrift „*Don Quijote*“, 28. 11. 68).

Vor allem die Tagespresse berichtete von den Vorgängen mit Verzerrungen, Übertreibungen und einseitig im Sinne der Regierung. Die Priester wurden als „separatistische Pfarrer“ („*Pueblo*“, 12. 11. 68) und „Boten der Rebellion“ („*Arriba*“, 20. 11. 68) bezeichnet. Es wurde ihnen „schismatische Anfälligkeit“, „rassistische“ und „klassenkämpferische“ Gesinnung („*Gaceta del Norte*“, 8. und 14. 11. 68) vorgeworfen. Die Tendenz der Massenmedien, die oppositionellen Teile des baskischen Klerus in Zusammenhang mit den Terroristen zu bringen, war allzu deutlich. Differenzierender im Urteil und zuverlässiger in der Information waren dagegen die Berichte in den katholischen Zeitschriften „*Razón y Fe*“ (Januar 1969) und „*Vida Nueva*“ (21. und 28. 12. 68). Die „*Cuadernos para el Diálogo*“ (Nr. 59–60, 1968) mußten wieder einmal eine empfindliche Geldbuße für einen Leitartikel wegen des Baskenthemas entrichten, in dem die „hohle Rhetorik“ der Tagespresse angeprangert und eine Untersuchung der vielfältigen Probleme der baskischen Provinzen gefordert wurde.

Ansätze zu einer Lösung

Eine Wende in dem Konflikt erfolgte durch das Ableben von Bischof Gúrpide am 18. November. Zu seiner Beisetzung erschienen nicht nur 21 Bischöfe, sondern auch der spanische Justizminister *J. M. Oriol*. Bereits am 19. November wurde der Bischof von Santander, *J. Cirarda Lachiondo*, zum Apostolischen Administrator von Bilbao ernannt, der auch gleich mit den verschiedenen Gruppen, einschließlich der rebellierenden Priester, Kontakt aufnahm. Er hob die Suspension der eingeschlossenen Priester auf und konnte auch bald die Beendigung ihrer

Demonstration ankündigen, die er als „verfehlt und schädlich“ bezeichnete. Er fügte jedoch hinzu: „Ich erachte es gleichwohl als meine Pflicht, zu sagen, daß dieser Schritt ohne schwerwiegende soziale, politische, religiöse wie auch priesterliche Probleme völlig undenkbar gewesen wäre“ (vgl. „Ecclesia“, 7. 12. 68). Die Presse rief er zu „sachlicher Arbeit, Diskretion und christlicher Liebe“ auf.

Sein Programm, das er mit einem relativ jungen Team in kollegialer Weise durchzuführen beginnt, betrifft u. a. die Neustrukturierung der Diözese nach pastoralen Rücksichten, unter Verzicht auf das geographisch-politische Modell. Zu diesem Zweck werden ein Generalvikariat für Seelsorgsfragen, Beratungsstellen für kirchliches und weltliches Recht und eine Pressestelle errichtet sowie bischöfliche Delegierte für die baskisch sprechenden Gebiete berufen. Ein vorläufiges Beratungsteam soll die Wahlen für Diözesan- und Priesterräte vorbereiten, wobei gerade auch die Beteiligung der Laien berücksichtigt werden soll. Die baskische Sprache soll im kirchlichen Leben gleichgestellt werden. Für die Verkündigung soll dem Klerus durch eine Fachkommission sachliche Hilfe angeboten werden, ohne daß dadurch der Themenbereich verpflichtend wird oder von weltbezogenen Problemen unbedingt ferngehalten werden soll. Der neue Administrator wird offenbar in seiner Arbeit von den meisten Priestern unterstützt, die darin eine Hoffnung für die künftige Entwicklung der Diözese Bilbao und in mancher Hinsicht eine Pionierarbeit für die Erneuerung des spanischen Katholizismus erkennen.

Reaktion auf den Ausnahmezustand

Die Stellungnahme der baskischen Bischöfe zum Ausnahmezustand, der am 24. Januar über ganz Spanien verhängt wurde, der aber in der Provinz Guipúzcoa bereits seit sechs Monaten verhängt worden war (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 106), ist erfreulicherweise einhellig. Entgegen der Note der Comisión Permanente des spanischen Episkopats, die auf eine Zustimmung der Kirche zu solch ungewöhnlichen Maßnahmen hinauslief, meldeten die Bischöfe von San Sebastián, Pamplona und Bilbao bald ihre Kritik zu Ausruf, Hand-

habung und Dauer des Ausnahmezustandes an. Bischof *Cirarda* ließ am 9. Februar 1969 einen Hirtenbrief verlesen, in dem er, ohne auf die politischen Gründe dieser Maßnahme einzugehen, die Regierung vor einem Rückfall in die Diktatur warnte und, angesichts der Arbeitskonflikte, für eine echte Beteiligung des Volkes am gesellschaftlichen und politischen Leben des Landes plädierte. Nebenher gestattete er, für die Angehörigen der Streikenden und Verhafteten bei den Sonntagsmessen Geldsammlungen abzuhalten. Der Erzbischof von Pamplona, *A. Tabera Araoz*, erließ am 13. Februar ein Rundschreiben, in dem er die „Note“ des Episkopats scharf kritisierte und zu bedenken gab, daß zur richtigen Einschätzung der Maßnahme eine normal funktionierende Presse nötig sei, die mit der größtmöglichen Verlässlichkeit über die Ursachen berichtet, die zu solch anormaler Lage geführt haben können. Die öffentliche Ordnung sei nicht das höchste Gut, vielmehr der Weg des Friedens sei durch die Förderung der Menschenrechte zu suchen. Nach den Worten des neuen Bischofs von San Sebastián, *J. Argaya Goicoechea*, hat der Ausnahmezustand vor allem zu Verhaftungen, Deportierungen und schwerem wirtschaftlichem Schaden geführt. Das soziale Leben, so stellt er weiterhin in seinem Hirtenbrief fest, der am 23. Februar 1969 verlesen wurde, müsse auf dem Respekt vor den Grundrechten des Individuums und der gesellschaftlichen Gruppen basieren. Andersdenkende dürften nicht ausgeschlossen werden. Auch er gestattete, für die Familien der Betroffenen Sonntagskollekten abzuhalten.

Diese jetzt weitgehende Einstimmigkeit der baskischen Bischöfe unter sich und die Einigkeit, die die Bischöfe der Konfliktdiözesen nach innen, d. h. mit dem Volk und den Gläubigen, durch ein „demokratisches“, alle Gruppen berücksichtigendes Entgegenkommen geschaffen bzw. in die Wege geleitet haben, stärkt ihnen den Rücken gegen die Willkür des Staates und gegen die konservativen Kräfte im spanischen Episkopat. Ob und inwieweit diese Einmütigkeit dem Druck des Staates und des größeren Teils der Bischöfe standhält, ob das Zeugnis trotz Übereinstimmung mit anderen Bischöfen des Landes in die Breite und in die Tiefe geht oder ob es durch die staatlich gelenkten Massenmedien totgeschwiegen wird, bleibt noch abzuwarten.

Nachkonziliare Entwicklung in Montreal

Montreal, obwohl in Organisation und Lebensweise unverkennbar amerikanisch, unterhält wohl von allen amerikanischen Diözesen die engsten Verbindungen zu den geistigen Entwicklungen in Europa. In einer der größten urbanen Agglomerationen beheimatet, erlebt die Diözese die gleichen Spannungen wie die Kirchen in den meisten westlichen Industrienationen. Als Treffpunkt zweier europäischer Kulturen ist das überwiegend französische Montreal (Provinz Quebec) zur Auseinandersetzung mit den Forderungen des Pluralismus gezwungen. Die Kirche von Quebec erlebt die kanadische Identitätskrise in verstärktem Maße: die Auseinandersetzungen auf der Basis ethnischer und sprachlicher Unterschiede. Hinzu kommt der Säkularisierungstrend, der sich jetzt zum erstenmal in der Geschichte der Diözese geltend macht. Schließlich

hat die nachlassende religiöse Praxis auch wichtige Einkommensquellen versiegen lassen. Neuerdings nimmt auch die Zahl der Geistlichen, die sich laisieren lassen, immer mehr zu, die Zahl der Priesterkandidaten hingegen rapid ab. Diese von manchen als dramatisch empfundene Entwicklung hat bei einigen den Verdacht aufkommen lassen, Kardinal *E. Léger* habe mit seinem spektakulären Rücktritt im Herbst 1967 und seinem Entschluß, in die Mission nach Afrika zu gehen, ein „sinkendes Schiff“ verlassen. Die katholische Gemeinschaft wurde durch seine Entscheidung tatsächlich irritiert, die Nichtkatholiken zeigten sich ebenfalls enttäuscht. Ein römischer Korrespondent vermutete sogar einen Zusammenhang mit der schon damals zu erwartenden Stellungnahme Pauls VI. über die Frage der Geburtenregelung (vgl. „New Yorker“,